

**Satzung der Gemeinde Dossenheim über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 6. Mai 1986**

Aufgrund von § 132 des Bundesbaugesetzes (BBauG), § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2 und 10b des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat am 6. Mai 1986 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1**

**Erhebung des Erschließungsbeitrages**

Zur Deckung ihres anderweitig nicht gedeckten Aufwands für Erschließungsanlagen im Sinne von § 127 Abs. 2 BBauG und § 1 Ob KAG erhebt die Gemeinde Erschließungsbeiträge nach den Vorschriften des Bundesbaugesetzes (§§ 127 ff.) sowie nach Maßgabe dieser Satzung.

**§ 2**

**Art und Umfang der Erschließungsanlagen**

- 1) Beitragsfähig ist der Erschließungsaufwand
  - 1. für die zum Anbau bestimmten öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in
    - bis zu einer Straßenbreite  
(Fahrbahnen, Radwege und Gehwege) von
    - 1.1 Dauerkleingartengebieten und Wochenendhausgebieten 7 m
    - 1.2 Kleinsiedlungsgebieten und Ferienhausgebieten 10 m
      - bei nur einseitiger Bebaubarkeit 8,5 m
    - 1.3 Dorfgebieten, reinen Wohngebieten, allgemeinen Wohngebieten, besonderen Wohngebieten und Mischgebieten 18 m
      - bei nur einseitiger Bebaubarkeit 2,5 m
    - 1.4 Kerngebieten, Gewerbegebieten 23 m
    - 2. und Sondergebieten 25 m
    - 1.5 Industriegebieten 27 m
  - für die nicht zum Anbau bestimmten Sammelstraßen (§ 127 Abs. 2 Nr. 2 BBauG)
  - 3. für Parkflächen,
    - a) die Bestandteil der in den Nummern 1 und 2 genannten Verkehrsanlagen sind, bis zu einer weiteren Breite von 5 m;
    - b) soweit sie nicht Bestandteil der in den Nummern 1 und 2 genannten Verkehrsanlagen, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v. H. der Flächen aller im Abrechnungsgebiet (§ 5) liegenden Grundstücke; § 6 Abs. 2 findet Anwendung.
  - 4. für Grünanlagen,
    - a) die Bestandteil der in den Nummern 1 und 2 genannten Verkehrsanlagen sind, bis zu einer weiteren Breite von 4 m;
    - b) soweit sie nicht Bestandteil der in den Nummern 1 und 2 genannten Verkehrsanlagen, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v. H. der Flächen aller im Abrechnungsgebiet (§ 5) liegenden Grundstücke; § 6 Abs. 2 findet Anwendung.
  - 5. für Kinderspielplätze innerhalb der Baugebiete bis zu 5 v. H. der Fläche aller im Abrechnungsgebiet (§ 5) liegenden Grundstücke; § 6 Abs. 2 findet Anwendung.
  - 6. für Anlagen zum Schutz von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-

- Immissionsschutzgesetzes, auch wenn sie nicht Bestandteil der Erschließungsanlagen sind.
- 7. für die innerhalb der Baugebiete verlaufenden, zu deren Erschließung notwendigen öffentlichen Wege, die aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht mit Kraftfahrzeugen befahrbar sind (§ 1 Ob KAG).
- 2) Endet eine Erschließungsanlage mit einer Wendeplatte, so vergrößern sich die in Abs. 1 Nr. 1 bis 2 angegebenen Maße für den Bereich der Wendeplatte auf das Anderthalbfache, mindestens aber um 8 m. Erschließt die Erschließungsanlage Baugebiete unterschiedlicher Art, so gilt die größte der in Abs. 1 Nr. 1.1 bis 1.5 angegebenen Breiten.
- 3) Zu dem Erschließungsaufwand nach Abs. 1 und 2 gehören insbesondere die Kosten für:
  - 1. den Erwerb der Grundflächen;
  - 2. die Freilegung der Grundflächen;
  - 3. die erstmalige Herstellung des Straßenkörpers einschließlich des Unterbaus, der Befestigung der Oberfläche sowie notwendiger Erhöhungen oder Vertiefungen;
  - 4. die Herstellung von Rinnen sowie der Randsteine;
  - 5. die Radwege;
  - 6. die Gehwege;
  - 7. die Beleuchtungseinrichtungen;
  - 8. die Entwässerungseinrichtungen der Erschließungsanlagen;
  - 9. die Herstellung von Böschungen, Schutz- und Stützmauern; Lärmschutzwällen und -wänden;
  - 10. den Anschluß an andere Erschließungsanlagen;
  - 11. die Übernahme von Anlagen als gemeindliche Erschließungsanlagen;
  - 12. die gärtnerische Gestaltung und die Ausstattung mit Spielgeräten.
- 4) Der Erschließungsaufwand umfaßt auch den Wert der von der Gemeinde aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung.
- 5) Der Erschließungsaufwand umfaßt auch die Kosten für die Teile der Fahrbahn einer Ortsdurchfahrt einer Bundes-, Land- oder Kreisstraße, die über die Breiten der anschließenden freien Strecken hinausgehen.

**§ 3**

**Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwands**

- 1) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand (§ 2) wird nach den tatsächlichen Kosten ermittelt. Dies gilt nicht für die Kosten der Entwässerungseinrichtungen der Erschließungsanlagen, die nach Einheitssätzen der Ermittlung werden. Der Einheitssatz beträgt 42,44 € je laufenden Meter Kanalstrecke.
- 2) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand wird für die einzelne Erschließungsanlage ermittelt. Die Gemeinde kann abweichend von Satz 1 den beitragsfähigen Erschließungsaufwand für bestimmte Abschnitte einer Erschließungsanlage ermitteln oder diesen Aufwand für mehrere Anlagen, die für die Erschließung der Grundstücke eine Einheit bilden (Erschließungseinheit), insgesamt ermitteln. Letzteres gilt auch, wenn die in § 2 Abs. 1 Nr. 7 genannten Wege mit Erschließungsanlagen im Sinne des § 127 Abs. 2 BBauG für die Erschließung der Grundstücke eine Einheit bilden.

**§ 4**

**Anteil der Gemeinde am beitragsfähigen Erschließungsaufwand**

Die Gemeinde trägt 10 v. H. des beitragsfähigen Erschließungsaufwands.

**§ 5  
Abrechnungsgebiet**

Die von einer Erschließungsanlage erschlossenen Grundstücke bilden das Abrechnungsgebiet. Wird ein Abschnitt einer Erschließungsanlage oder eine Erschließungseinheit abgerechnet, so bilden die von dem Abschnitt der Erschließungsanlage bzw. der Erschließungseinheit erschlossenen Grundstücke das Abrechnungsgebiet. Dies gilt auch für die in § 3 Abs. 2 Satz 3 genannten Erschließungseinheiten.

**§ 6  
Verteilung des beitragsfähigen  
Erschließungsaufwands**

(1) Der nach § 3 ermittelte Erschließungsaufwand wird nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§ 4) auf die erschlossenen Grundstücke des Abrechnungsgebiets (§ 5) nach den Grundstücksflächen verteilt. Dabei wird die unterschiedliche Nutzung der Grundstücke nach Maß (§ 7 Abs. 1 bis 6) und Art (§ 7 Abs. 7) berücksichtigt.

(2) Als Grundstücksfläche gilt:

a) bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplans die Fläche, die der Ermittlung der zulässigen Nutzung zugrundegelegt ist,

b) wenn ein Bebauungsplan nicht besteht oder die erforderlichen Festsetzungen nicht enthält, die tatsächliche Grundstücksfläche bis zu einer Tiefe von 50 m von der Erschließungsanlage oder von der der Erschließungsanlage zugewandten Grenze des Grundstücks. Reicht die bauliche oder gewerbliche Nutzung über diese Begrenzung hinaus, so ist die Grundstückstiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der Nutzung bestimmt wird. Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zur Erschließungsanlage herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt.

(3) Bei Grundstücken, die durch mehrere der in § 2 Abs. 1 Nrn. 1, 2 und 7 genannten Erschließungsanlagen erschlossen werden (z.B. Eckgrundstücke, Grundstücke zwischen zwei Erschließungsanlagen), ist die Grundstücksfläche jeweils nur in dem Verhältnis anzusetzen, in dem die Grundstücksbreiten (Frontmeterlängen) an den Erschließungsanlagen zueinander stehen.

**§ 7  
Nutzungsfaktor**

(1) Entsprechend der Ausnutzbarkeit wird die Grundstücksfläche mit einem Nutzungsfaktor vervielfacht, der im einzelnen beträgt:

- 1. bei eingeschossiger Bebaubarkeit, bei gewerblich nutzbaren Grundstücken, auf denen keine Bebauung zulässig ist sowie bei Stellplatzgrundstücken 1,0
- 2. bei zweigeschossiger Bebaubarkeit 1,25
- 3. bei dreigeschossiger Bebaubarkeit 1,5
- 4. bei vier- und fünfgeschossiger Bebaubarkeit 1,75
- 5. bei sechs- und mehrgeschossiger Bebaubarkeit 2,0.

(2) Als zulässige Zahl der Geschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Weist der Bebauungsplan eine Baumassenzahl aus, so gilt als Geschößzahl die Baumassenzahl geteilt durch 3,5. Dabei werden Bruchzahlen bis 0,50 auf die vorausgehende volle Zahl

abgerundet und solche über 0,50 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet.

(3) Ist im Einzelfall eine größere Geschößzahl genehmigt, so ist diese zugrunde zu legen.

(4) Bei Grundstücken, die nicht baulich oder gewerblich genutzt sind und auch nicht baulich oder gewerblich genutzt werden dürfen, sowie bei Grundstücken für den Gemeinbedarf, die aufgrund ihrer Zweckbestimmung nur untergeordnet bebaubar sind (wie z. B. Friedhöfe, Sportplätze, Freibäder), werden die Grundstücksflächen mit einem Nutzungsfaktor von 0,5 vervielfacht. Dasselbe gilt für Grundstücke, die als Dauerkleingärten ausgewiesen sind.

(5) In unbeplanten Gebieten und bei Grundstücken, für die ein Bebauungsplan weder die Geschößzahl noch die Baumassenzahl festsetzt, ist

a) bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen,

b) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Geschosse maßgebend. Bei Bauwerken mit Geschößhöhen von mehr als 3,5 m gilt als Geschößzahl die tatsächlich vorhandene Baumasse geteilt durch die tatsächlich überbaute Grundstücksfläche und nochmals geteilt durch 3,5; Bruchzahlen werden entsprechend Abs. 2 Satz 3 auf bzw. abgerundet.

(6) Als Geschosse gelten Vollgeschosse im Sinne der Baunutzungsverordnung. Hinzuzurechnen sind überwiegend gewerblich genutzte Untergeschosse sowie Untergeschosse in Parkierungsbauwerken.

(7) Werden in einem Abrechnungsgebiet (§ 5) außer überwiegend gewerblich genutzten Grundstücken oder Grundstücken, die nach den Festsetzungen eines Bebauungsplans in einem Kern-, Gewerbe- oder Industriegebiet liegen, auch andere Grundstücke erschlossen, so sind für die Grundstücke in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten sowie für die Grundstücke, die überwiegend gewerblich genutzt werden, die in Abs. 1 Nr. 1 bis 5 genannten Nutzungsfaktoren um je 0,5 zu erhöhen.

**§ 8  
Anrechnung von Grundstückswerten**

Hat der Beitragspflichtige oder sein Rechtsvorgänger Grundstücksflächen zunächst unentgeltlich oder unter ihrem Verkehrswert zur Herstellung der Erschließungsanlage an die Gemeinde abgetreten, und gewährt die Gemeinde wegen der Gleichbehandlung aller Abtretenden eine Vergütung des Verkehrswerts, so werden die nachträglich zu leistenden und als Grunderwerbskosten in den beitragsfähigen Erschließungsaufwand einbezogenen Vergütungsbeträge den Beitragspflichtigen als Vorauszahlung auf ihre Beitragsschuld angerechnet.

**§ 9  
Kostenspaltung**

Der Erschließungsbeitrag kann für

- 1. den Grunderwerb
- 2. die Freilegung
- 3. die Fahrbahn
- 4. die Radwege
- 5. die Gehwege, zusammen oder einzeln
- 6. die Parkflächen
- 7. die Grünanlagen
- 8. die Kinderspielplätze
- 9. die Anlagen zum Schutze von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

10. die Beleuchtungseinrichtungen  
11. die Entwässerungsanlagen  
gesondert erhoben und in beliebiger Reihenfolge umgelegt werden, sobald die Maßnahme, deren Aufwand durch Teilbeträge gedeckt werden soll, abgeschlossen worden ist. Ober die Anwendung der Kostenspaltung entscheidet die Gemeinde im Einzelfall.

### § 10

#### **Merkmale der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen**

1) Straßen, Wege und Plätze sind endgültig hergestellt, wenn sie

1. eine Pflasterung, einen Plattenbelag, eine Asphalt-, Teer-, Beton- oder ähnliche Decke neuzeitlicher Bauweise aufweisen;
2. entwässert werden;
3. beleuchtet werden.

Sind im Bebauungsplan oder im Ausbauprogramm Teile der Erschließungsanlage als Gehweg, Radweg, Parkfläche oder Grünanlage vorgesehen, so sind diese endgültig hergestellt, wenn sie eine Abgrenzung zur Fahrbahn und ggf. gegeneinander haben und

- Gehwege und Radwege entsprechend den Nummern 1 bis 3 ausgebaut sind
- Parkflächen entsprechend den Nummern 1 und 2 ausgebaut sind,
- Grünanlagen gärtnerisch gestaltet sind.

2) Die übrigen Erschließungsanlagen sind endgültig hergestellt, wenn die

1. selbständigen Parkflächen entsprechend Abs. 1 Nummern 1 und 2 ausgebaut sind;
2. selbständige Grünanlagen gärtnerisch gestaltet sind;
3. Kinderspielplätze ihrer Zweckbestimmung entsprechend gestaltet und mit Spieleinrichtungen ausgestattet sind;
4. Anlagen zum Schutz von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes als Lärmschutzwälle oder Lärmschutzwände entsprechend dem Ausbauprogramm hergestellt sind.

3) Die Gemeinde kann im Einzelfall nach § 125 Abs. 1a BBauG von den Festsetzungen des Bebauungsplans abweichen.

### § 11

#### **Vorausleistungen**

Im Falle des § 133 Abs. 3 des BBauG werden Vorausleistungen bis zur Höhe des voraussichtlichen Erschließungsbeitrages erhoben.

### § 12

#### **Ablösung des Erschließungsbeitrages**

Der Betrag einer Ablösung nach § 133 Abs. 3 Satz 2 des BBauG bestimmt sich nach der Höhe des voraussichtlich entstehenden Beitrags. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

### § 13

#### **Inkrafttreten**

Es treten in Kraft:

- 1) § 5 und § 6 Abs. 4 rückwirkend zum 1. Juli 1971.
- 2) Die übrigen Satzungsbestimmungen am Tage nach der Bekanntmachung.
- 3) Zu den obengenannten Zeitpunkten treten die entsprechenden Vorschriften der

Erschließungsbeitragssatzung vom 12. Oktober 1976 außer Kraft. Die Satzung vom 12. Oktober 1976 wird damit gegenstandslos.

Dossenheim, den 6.5. 1986

gez.: Denger, Bürgermeister

#### **Hinweis zu der vorstehend abgedruckten Satzung**

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der GO erlassener Vorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist gem. § 4 Abs. 4 GO unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung dieser Satzungen geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzungen verletzt worden sind.

#### **Verfahrensvermerk**

1. Sitzungsgemäß öffentlich bekanntgemacht durch Aufnahme des Sitzungstextes in die Gemeindepresse am 23.5.1986
2. Anzeige an die RAB gem. § 4 Abs. 3 Satz 3 GO am 29.5.1986
3. Die Satzung ist unbeschadet des § 13 Ziff. 1 seit 23.5.1986 in Kraft

Dossenheim, den 29. Mai 1986

Der Bürgermeister: gez. Denger

geändert mit Änderungssatzung vom 23.10.2001  
Euroanpassung  
in Kraft getreten am 01.01.2002